

# Flörsheimer Zeitung

Zugleich Anzeiger für den Traingau



**Ertheilt** Mittwoch und Samstags. — Druck und Verlag von Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Kordhäuserstraße Nr. 5. — Verantwortlicher Schriftleiter: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. Main.

**Anzeigen** folgen die Leihpreis, Raum-Preise oder deren doppelte. Belegpreis: für die Zeit vom Druck mit Eingangslohn.

Nummer 88      Telefon 59.      Samstag, den 3. November 1923      Telefon 59.      27. Jahrgang

## Absetzung der sächsischen Regierung.

Dr. Heinze Reichskommissar, Protest Reiner. Die Reichsregierung hat den früheren Reichsminister Dr. Heinze, der der Deutschen Volkspartei angehört, zum Reichskommissar für Sachsen ernannt. Dr. Heinze richtete sofort an die Regierung des Freistaates ein Schreiben, in dem er seine Ernennung annehme und gleichzeitig mitteilte, daß die sächsischen Minister ihrer Ämter enthoben sind. Durch den Uebernehmer des Schreibens ließ er bitten, daß die bisherigen Minister in 1 1/2 Stunden ihre Geschäftssachen für die Reichsregierung räumen möchten. Von Dr. Reiner wurde dies auch angetan. Ueber die Absetzung der sächsischen Regierung teilt die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei folgendes mit:

Die sächsischen Minister haben Montag mittags eine Verordnung des neu ernannten Reichskommissars Dr. Heinze erhalten, wonach sie ihrer Ämter enthoben sind. Die sächsische Regierung wird gegen diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und die sofortige Einsetzung des Reichsrates fordern. Außerdem wird sie die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder ablehnen. Um 1 Uhr mittags besaß sich Hauptmann v. d. W. vom Wehrkreiskommando zum Ministerialgebäude und überreichte der sächsischen Regierung das Besetzungsschreiben des Reichskommissars Dr. Heinze. Letzter den Regierungsmittgliedern mit, daß sie ihrer Ämter enthoben seien, und forderte sie auf, das Ministerialgebäude zu verlassen. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe.

Das Wehrkreiskommando 4 ist bekannt: In Ausführung der vorstehenden Gewalt verordne ich: Bis auf weiteres tritt der Landtag nicht an. In den Vorarbeiten bei der Absetzung der sächsischen Regierung wird weiter aus Dresden gemeldet:

Um nach 2 Uhr rückte ein Bataillon des 7. Infanterieregiments vor das Ministerium des Innern und besetzte mit Teilen der Ministerialgebäude, Wälderstein das Ministerialgebäude und das Post- und Telegrafengebäude. Die Besetzung erfolgte unter Vorantritt eines Müllers, und die Menge beehrte die Truppe in freudiger Erregung. Die Minister waren zum Teil anwesend, die Truppen die Ministerialgebäude besetzten. Am Abend nahmen mit dem Reichskommissar wurde angetan, daß der Landtag bis auf weiteres nicht tagt und die Versammlungen jeder Art im Freistaat Sachsen unbedingt verboten sind. Ferner ist das Erheben von Kommunistischen Presse bis auf weiteres untersagt worden. Ihre Druckerien sind durch Polizei besetzt.

Die ganzen Ereignisse haben natürlich auch auf die Arbeiterchaft einwirkend, und wenn auch die Dresdener „Volkzeitung“ die wertvolle Bevölkerung zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt und vor Einzelaktionen warnt, so sind doch die Straßen der Stadt bis in die Vorstädte hinaus mit dichten Menschenmassen erfüllt. Die Sicherheitspolizei ist aber imstande, ohne große Mühe die Masse in Bewegung zu setzen und die Straßen für den Verkehr freizuhalten. Die wir von einschlägigen Gewerkschaftsführern erfahren, denkt der größte Teil der Arbeiterchaft nicht daran, auf die Parole vom Generalstreik hereinzuwachen. Ueber die Ministerliste verlautet bis jetzt, daß neben dem Ministerialdirektor Ruff, der für das Finanzministerium ausgetreten ist, Ministerialdirektor a. D. Dr. Schmitt, der bekanntlich vom ehemaligen unabhängigen Minister Livinski abgewandert wurde, dem Sozialisten Kempe Platz zu machen, das Innenministerium und der bei der sächsischen Gefangenschaft in Berlin tätige Graf v. Soltendorn das Arbeits- und Wirtschaftministerium, die demnach zusammengeleitet werden, übernehmen sollen. Der Reichsverweser Dr. Heinze dürfte das Justizministerium selbst verwalten, das er schon einmal vor der Revolution übernommen hatte.

Ueber die oben genannten Vorarbeiten wird noch bekannt, daß die Reichswehr bei der Besetzung der Ministerialgebäude zunächst auf dem Neustädter Markt Platz nehmen mußten, wobei sich die hinteren Truppenmassen unauffällig abhoben, nach dem Ministerialgebäude zogen, um so die Menge auf dem Markt selbst festzuhalten, so daß sich die Besetzung und die Ausweitung der Ministerialgebäude unauffällig vollzog. Die Minister verließen ohne weiteres die Gebäude. Nur der kommunistische Finanzminister Wälderstein weigerte sich, sein Zimmer zu verlassen, und wurde zwischen zwei Reichswehrsoldaten unter Begeleitung eines Offiziers aus dem Gebäude geschafft.

Welter verlautet, daß Dr. Reiner seinen Reaktions- und Parteigenossen vorzuziehen, das Ultimatum der Reichsregierung dahin zu beantworten, daß die beiden kommunistischen Minister aus dem Kabinett ausscheiden und durch sozialistische Minister ersetzt werden sollen. Auch der Rest sollte der Form halber demissionieren, wodurch ja die Möglichkeit seiner Wiederwahl geschaffen wäre.

Aus Wäldersteins Praxis.

Von der Reichsregierung war der sächsischen Regierung als Beitrag zu den Erwerbslosenunterstützungen und als Rückbehalt der Deckung der Löhne und Gehälter in den staatlichen Betrieben 800 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Auf eine Anfrage des demokra-

tischen Abgeordneten Kemnitz im Landtag, ob diese 800 Millionen auch ihrer Bestimmung entsprechend verwendet wurden, gab der kommunistische Finanzminister Wälderstein eine bejahende Erklärung ab. Entgegen dieser Versicherung des Ministers stellte es sich leicht heraus, daß der gesamte Betrag allein für die Erwerbslosen Verwendung gefunden hat, so daß die Staatsbetriebe außerstande sind, ihren Verpflichtungen der Arbeiter- und Anwerbschaft gegenüber auch nur teilweise nachzukommen.

**Die Reichsfrage in Sachsen.**

Ueber die Reichsfrage im Falle Sachsen erfahren die Wähler von ausländischer Seite folgendes: Die Reichsverfassung gebe dem Reichspräsidenten im Artikel 48 das Recht, gegebenenfalls die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen zu treffen. Innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen kann also der Reichspräsident alle für notwendigen erachteten wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen treffen. So können weiterhin auch Landesminister vorübergehend ihrer Dienste enthoben und andere mit denselben betraut werden. Durch die Verordnung vom 22. März 1920 sei gegenüber Thüringen bereits so verfahren worden. Auf Grund des Artikels 48 könne der Reichspräsident endlich auch mit Hilfe der bewaffneten Macht dazu anhalten, sich den Reichsbeschlüssen zu unterwerfen.

**Die Exekution.**

Von sich niemals ein Deutscher hätte etwas träumen lassen, das ist jetzt eingetreten: Die Reichsregierung hat sich angewagen, Sachsen zu besetzen. Sie hat den Reichsstaatsabgeordneten und Minister a. D. Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt, die sächsische Regierung abgesetzt und den Zusammenritt des Landtags verboten. Verfassungsgemäß war sie dazu berechtigt, aus politischen Gründen aber dazu sogar verpflichtet. Die sächsische Regierung setzte sich zusammen aus wenigen Sozialdemokraten und einer überwiegenen Mehrheit von Kommunisten. Die letzteren aber hatten zum Widerstand gegen rechtmäßige Anordnungen der Reichsregierung aufgefordert, folglich mußte der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung bis zur letzten Konsequenz zur Ausführung kommen. Die sächsischen Kommunisten schalteten im Lande ganz nach Moskauer Rezept. Sie suchten die Gewalt in ihre Hände zu bekommen und glaubten das mit allem Recht und mit allem Recht, da sie von ihren Genossen in der Landesregierung nicht nur geschützt, sondern sogar dazu angefeuert wurden. Ihre Sonderlichkeiten verführten sie zu anderem als die Diktatur des Proletariats. Die

## Die wilde Hummel.

Roman von Erich Hriesen.

(Nachdruck verboten.)

Wirds etwas zu sehen von der Gesuchten.

Endlich schimmert ihm ein weißes Kleid hinter dunklem Buschwerk entgegen. Unwillkürlich beschleunigt er seine Schritte.

Lang ausgestreckt, die schmalen Hände unter dem Kopf gestützt, ruht die wilde Hummel im Schatten eines Mangobaumes — des breitkrempigen Strohhutes über die Augen gezogen, zum Schutz gegen die stehende Sonne, die ihre Strahlenpfähle selbst durch das leichte Blättergewirr hindurchschleht. Zwischen den halbgeschlossenen Lippen blitzen blendendweiß die kleinen Zähne hervor.

Ein freudiges Leuchten huscht bei diesem Hebelnden Anblick über das Gesicht des Mannes, die dunklen Augen seltsam verschönend.

Schläft sie? Oder träumt sie nur mit wachen Augen?

Jetzt muß sie den Vaufer bemerkt haben. Denn mit einem Satz springt sie auf, wie die fliegenden Vögel und schlingt mit einem Freudenschrei die Arme um seinen Hals — so stürmisch, daß sein Strohhut zu Boden rollt.

„Karl! Lieber Karl! Ich dachte gerade an Dich!“ Seine Arme steigt dem Mann in die gebräunte Haut. „Hast unfaust schließt er das Mädchen von sich. „Wah Hummelchen!“

„Was denn? Sieh nur mal so graulich ernst aus! Pah! Man könnte sich ja vor Dich fürchten, wenn —“ und schon wieder lacht das reizende Schelmengesichtchen — „wenn man Dich nicht so rasend lieb hätte!“ Und wieder will sie sich an ihn hängen.

Er jedoch wehrt ernst ab und sagt sie mit der Miene eines strengen Mentors bei der Hand.

„Nimm mal allen Ernst, der in Deinem Kindskopf steckt, zusammen, Hummelchen! Ich hab' mit Dir zu reden.“

Bei diesem ungewohnt schroffen Ton macht sie ein Schmolmälchen. Dann bückt sie sich, hebt Karls Schlapphut auf und stülpt ihn sich auf das goldglühende braune Lodengewir, Karl von unten herauf nach sich anzukleiden.

„Na, dann mal los!“

Wider Willen muß er lachen über die drollige Miene, mit der das reizende Gesicht unter der viel zu breiten Hutkrempe hervorlugt. Wie schwer wird es ihm, in strengem Schulmeisterston zu reden mit diesem Naturkinde, das ihm ans Herz gewachsen ist, als wäre es sein eigen Fleisch und Blut!

Ja, nicht nur das! Noch mehr! Weit mehr!

Bei jener kindlich unschuldigen Lieblösung vorhin war es dem wetherharten Mann plötzlich klar geworden — es ist noch etwas anderes, das ihn zu dem liebrenden Mädchen hingieht. Etwas, das er in seinem Innern fest verschlossen wähnte und das er auch ferner mit Aufbieten aller Kraft unterdrücken will.

„Hummelchen!“ beginnt er deshalb in demselben strengem Ton. „Du bist kein Kind mehr!“

„Nicht? Warum denn nicht?“ fragt sie nach und

hast mit einem dahergaulenden geistreichen Schmetterling, der, schußsuchend, rasch seine schillernden Flügel zuplappst und sich wie ein herabgewehtes Blatt zu Boden fallen läßt.

Das kindlich frohe Spiel des Mädchens bewegt den rauhen Mann gar seltsam. Und da er auch nicht recht weiß, wie er das ungewohnte Thema fortsetzen soll, sagt er eine Weile gar nichts und schaut nur ihrem Treiben zu.

Dann aber plagt er ganz unvermittelt heraus: „Bist Du eigentlich glücklich, Hummelchen?“

Berwundert guckt sie ihn an.

Nachlässig bin ich glücklich! Warum denn nicht? Die Jungens sind ja alle so gut zu mir! Nur Du bist in letzter Zeit so — so —“

Sie stottert.

Wieder steigt dem Mann das Blut zu Kopfe, während ein besangener Ausdruck sich über seine Züge breitet, der fast komisch wirkt.

„Mit mir bist Du nicht zufrieden?“ fragt er unsicher, in dem vergeblichen Bemühen, seiner Stimme etwas Scherzendes zu geben.

Sie blinzelt ihn nachdenklich an.

„Oh, ich weiß nicht recht —“

„Wieso?“

„Ich sehe Dich in letzter Zeit so wenig, Karl. Manchmal ist mir fast, als meidest Du mich. Als hättest Du mich nicht mehr so lieb, wie früher. Hab' ich, irgend etwas getan, was Dich ärgerte? Hab' ich Dein Mißfallen —“

(Fortsetzung folgt.)

Reichsregierung befehlt ihre sofortige Auflösung. Die Antwort war das höhnliche: „Nun gerade erst recht nicht!“ Die Zeit des Böla war in verstärktem Maße wieder auflebt.

Die Schuld an diesen Verhältnissen trägt zum guten Teil die sächsische Sozialdemokratie, die sich ganz ins Schlepptau der Kommunisten nehmen ließ. Jetzt hat sie mit zu büßen, und die Augen beinhalten ihr allmählich aufzuwachen. Hoffmann meint fest die Arbeiter, die ahnungslos den kommunistischen Führern gefolgt sind, die ganze Sozialdemokratie fernerhin zu kompromittieren. Den kommunistischen Gewalttätigen allein sei der Einmarsch in Sachsen zu verdanken. Neben Bündnisgedanken höhnisch, soeben die kommunistischen Führer durchs Land und forderten zum Kampfe gegen die Reichsregierung und Reichswehr auf. Diese Warnung ist leider nur zu berechtigt, doch kommt sie ein reichliches Zeit zu spät. Einige Wochen eher hätte sie eine bessere Wirkung getan.

Es herrschen trübste Zustände in Deutschland. Die an ihrer Befreiung eifernde Männer und festgefesselten Volkswillens bedürfen. Wenn schon eine Reichsregierung vom Mittel der Exekutive Gebrauch machen muß, muß es sehr schlimm im Lande aussehen. Die ultima ratio ist ein bedrängtes Volk nur gegen den äußeren Feind anzuwenden, nach Innen gerichtet ist sie noch blutiger, noch verzweifeltere Notwendigkeit, das Reich einer furchtbaren Gefahr. Und da heißt es, rücksichtslos vorrücken und einatmen und sich nicht durch verwirrendes Parteiaufschrei irre machen zu lassen.

So ist der Seelen des parlamentarischen Regierungssystems denn doch nicht zu verstehen, wie man es sich in Sachsen vorstellt. Ist es sowieso schon in Ländern mit föderaltem Charakter schwer und nicht ohne innere Konflikte durchzuführen, so ganz besonders in dem jetzigen Deutschland, wo eine vielköpfige Parteilichheit so wie schon den Lebensadern Keim des Sadern, in sich trägt. Parlamentarisch regierte Staaten mit einer unerschütterlichen Machtzentrale haben es leichter, so z. B. Frankreich, Italien und Belgien und auch England trotz seiner Föderation. In Deutschland aber versuchen zersplitterte Kräfte zu wirken als die in der Reichsregierung wurzelnde Zentrale. Ueberall haben sich solche Versuche gezeigt, so früher in Gotha und Bremen. Doch diese Ausläufer gegen die Reichswehr allzu bedingungslos Schwärmen dem sächsischen Vorhaben gegenüber, das dem Charakter einer Anarchisiererei ähnelt. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind ein parlamentarisch regierter Staat auf föderalistischer Grundlage. Doch da ist in Washington die Reichswehr in fester Hand, und wehe, wenn sich gegen ihre Entschlüsse und Verordnungen einer der Bundesstaaten auflehnt. Da wird sofort fest angesetzt. Wer die amerikanische Geschichte nur einigermaßen kennt, weiß es.

Es ist beargwöhnlich, daß in der Stunde, über Nacht, in der Ueberhaft des deutschen Republik nicht auf einmal eine unangenehme Reichswehr aus sich herauswachsen kann. Sie muß sich erst durch manche Kämpfe durchsetzen. Aber bis zu dem sächsischen Fall dürfte es noch alledem nicht kommen. Jetzt muß schleunigst nachgeholt werden, was leider allzulange veräumt worden ist.

Die deutsche Geschichte ist reich an Fällen von Reichserektionen. Doch das war in vorangegangenen Zeiten arabischen Verfalls von aller römischen Kaiserherrschaft, die zuletzt weiter nichts als Ultraviolett war. Am neuen deutschen Reich ist aber dieses letzte Mittel niemals zur Anwendung gekommen, obwohl es auch die Bismarckische Reichswehr im Artikel 19 konnte, da unversöhnlicher Parlamentarismus von der Parteien Gnade noch nicht zu jeder Zeit als Krampf ausgedrückt werden konnte. Viel kann unser Volk in den Tagen höchster Gefahr und Heftiger Ereignisse aus dem Falle Sachsen lernen. Nun lernen ist es niemals an sich. Vor allem aber auch die Reichsregierung. Weicht sie jetzt nur einen Schritt auf ihrem Weg zurück, dann ist es nicht nur um ihr Prestige geschehen, sondern um noch viel mehr: um Deutschlands Bestand und Ansehen. Aber sie wird fest bleiben und unbekümmert ihren Weg weiter gehen. C. M.

### Die Regierungsbildung in Sachsen.

Ein rein sozialistisches Kabinett.

Der vom sächsischen Landtage zum Ministerpräsidenten gewählte sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Fetsch wird ein rein sozialistisches Ministerkabinett bilden, das durch Föderung der Demokratie und der Deutschen Volkspartei regierungsfähig ist und nur als ein Übergangskabinett gedacht ist. Der „Vorwärts“ veröffentlicht in einer Meldung aus Dresden folgende Ministerliste: Ministerpräsident Fetsch, Innenminister Liedmann, Finanzminister Held, Arbeitsminister Graue, Justizminister Henz, Volksbildung Fleißner, Wirtschaftsmister noch unbekannt.

Ueber die Verhandlungen der Parteien zur Neubildung der Regierung teilt die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei in Dresden mit: Die Verhandlungen der Parteien über die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung auf parlamentarischer Grundlage haben begonnen. Die Maßnahmen des Reichskommissars haben die geordnete Weiterführung der Geschäfte der sächsischen Regierung sichergestellt, so daß der Zeitpunkt der Einigung der Parteien abgewartet werden kann. Nach Artikel 26 Absatz 1 der sächsischen Verfassung kann eine Regierung nur in der Weise gebildet werden, daß der Ministerpräsident vom Landtage gewählt wird. Auf Vorschlag des Reichskommissars hat der Wehrkreisbesitzhaber seine Verordnung vom 2. Oktober dahin abgeändert, daß der Zusammtritt des Landtages zum Zwecke der Wahl des Ministerpräsidenten möglich wird. Da die Regierung Dr. Beigener aufgehoben ist und nicht mehr besteht, sind Verhandlungen im Landtage über Fragen der Gesetzgebung zurzeit unmöglich. Auch die Entsendung eines Reichskommissars ändert daran nichts, da dieser nicht dem Landtag, sondern der Reichsregierung verantwortlich ist. Der Landtag würde unter diesen Umständen keine Möglichkeit besitzen, seine Beschlüsse rechtswirksam zu machen. Dagegen hat er die Aufgabe, den künftigen Ministerpräsidenten zu wählen, um dadurch die Bildung einer neuen Regierung herbeizuführen. Bei der gegenwärtigen Rechtslage ist lediglich für diesen Zweck eine Tagung des Landtages möglich.

Die Anbahnung deutscher Sachverständiger verlag.

Die Reparationskommission hat, wie aus Paris gemeldet wird, sich mit der deutschen Note vom 21. Oktober beschäftigt. Sie hat die Anbahnung deutscher Sachverständiger verlag. Ueber die Sitzung soll noch eine hauptamtliche Erklärung ausgearbeitet werden.

### Nur Teilstreiks in Sachsen.

Wie aus Dresden gemeldet wird, ist es am Dienstag in zahlreichen industriellen Betrieben zu Teilstreiks gekommen. In Freital und Chemnitz wird gestreikt. In Bannau haben auch die Arbeiter der Elektrizitäts- und Wasserwerke die Arbeit niedergelegt. Trotzdem kann von einer einheitlichen Durchführung des Generallstreiks in Sachsen nicht gesprochen werden. In Dresden sind die Staatsbetriebe der Streikparole nicht gefolgt. Auch die Zeitungen erscheinen. Das Wehrkreis-Kommando hat jeden Ruf zum Generallstreik verboten.

Wie weiter aus Dresden gemeldet wird, sind alle wichtigen Betriebe, darunter Eisenbahn und Post, vom Generallstreik nicht betroffen worden.

### Verbot der Aktionsausschüsse.

Der kommandierende General des Wehrkreises 5 hat folgende Verordnung erlassen: 1. Ich verbiete die Bildung von Aktionsausschüssen, die den gewaltsamen Sturz der Regierung herbeiführen wollen. 2. Eine bestehende derartige Aktionsauschüsse sind hiermit aufgelöst. 3. Zuwiderhandlungen werden nach Paragraph 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft. Außerdem sind Zuwiderhandlungen in Schutzhaft zu nehmen. Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

### Entspannung des bayerischen Konflikts.

Neue Verhandlungen.

Wie aus München gemeldet wird, nimmt der bayerische Gesandte in Berlin, von Brenner, eine vorläufige Antwort der bayerischen Regierung auf das Ersuchen der Reichsregierung, die verfassungsmäßige Verfassungswelt in Bayern wieder herzustellen, nach Berlin mit. Sie ist das Ergebnis von Beratungen des bayerischen Ministers und der Koalitionsparteien, die am Dienstag stattgefunden haben. Die Antwort ist so gehalten, daß sie eine Rückübernahme der Reichsregierung notwendig macht. Anlaß weist sie auf die Notwendigkeit hin, über den Einzelfall hinaus das Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten klarzustellen und es in föderalistischer Weise zu gestalten.

Wie weiter verlautet, ist die Reichsregierung einer freundschaftlichen Verständigung mit Bayern nach wie vor nicht abgeneigt, und steht auf dem Standpunkt, daß Bayern durchaus berechtigt sei, Wünsche auf Erweiterung seiner Rechte auf verfassungsmäßige Weise vorzubringen. Dieser Standpunkt ist um so anerkennenswerter, als zweifellos das Verhalten des Herrn von Kahr nicht als frei von Widersprüchen war. Herr von Kahr hat nämlich, wie man sich jetzt erinnert, feinerzeit als bayerischer Minister das Erbe der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann antrat, nach dem amtlichen Bericht der „Bayerischen Staatszeitung“ im bayerischen Landtage wörtlich ausgedrückt, daß er es lebhaft bedauere, daß die Sozialdemokraten sich von der Neubildung der Regierung ausgeschlossen hätten. Weiter betonte Herr von Kahr damals, daß der Reichsregierung selbstverständlich die volle Gewalt über die Reichsangelegenheiten zustehe. Jetzt steht er in beiden Fragen auf einem anderen Standpunkt.

### Latente Regierungskrise im Reich.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die sozialdemokratischen Reichsminister anlässlich der Voranfrage in Sachsen dem Vorstand der Reichsstaatsfraktion ihre Absicht mitgeteilt, aus der Regierung auszutreten. Der Fraktionsvorsitzende hat in einer Sitzung die Minister ersucht, die Entschcheidung der Reichsstaatsfraktion zu übertragen, die Mittwoch nachmittags 1 1/2 Uhr zusammentritt. Für die Vertagung des endgültigen Beschlusses über die Frage des Verbleibens der Sozialdemokraten in der Reichsregierung war u. a. der Umstand von Bedeutung, daß eine Klärung der Realisationsfrage in Sachsen abgewartet werden soll.

### Durchgreifende Sparmaßnahmen.

Anlässlich der Notwendigkeit, den Haushaltsplan des Deutschen Reiches einschließlich der Länder und Gemeinden in absehbarer Zeit ins Gleichgewicht zu bringen, hat die Reichsregierung nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag tief einschneidende Sparmaßnahmen in Form von Verordnungen mit Gesetzeskraft beschlossen, denen andere folgen sollen. Da das Reich nicht mehr die sich aus den Sachlieferungsverpflichtungen des Versailler Vertrages ergebenden Lasten tragen kann, werden Sachlieferungen seit dem 11. August nicht mehr abetrotten. Nunmehr muß auch die Zahlung von Entschädigungen aus den Abrüstungsentschädigungsrichtlinien vom 21. Mai 1921 eingestellt werden. Bei der Neuregelung der Landabgaben- und Anleihegeschäden, die auch die Auslandsdeutschen und die Deutschen aus den abgetretenen Gebieten betreffen, fällt eine Teilhilfe des Reiches für Volatitätsfälle völlig weg. Die Entschädigung wird auf 2 vom Tausend des Vorkriegskurses in Gold festgesetzt. Eine weitere Verordnung betrifft den Abbau des Beamtenkörpers um 25 Prozent und um weitere 15 Prozent bis zum 1. April. Die Sätze des Parteieldes schwanken zwischen 80 Prozent (bei 25 Dienstjahren) und 40 Prozent.

### Bonar Law †.

Der frühere englische Ministerpräsident Bonar Law ist gestorben. Bonar Law war an einer schweren Lungenentzündung erkrankt und obwohl in letzter Zeit die Bulletin von der Besserung seines Leidens sprachen, war in offiziellen Kreisen längst bekannt, daß der große englische Staatsmann wohl nicht wieder gesund würde.

Andrew Bonar Law, der Vorgänger des jetzigen englischen Ministerpräsidenten, war 1858 in Kanada als Sohn eines Geistlichen geboren. Im Jahre 1909 wurde er von den Unionisten für Glasgow in das Unterhaus gewählt, wo er eifrig für den Schutz Zoll eintrat. Ende 1911 erwähnten ihn die Konservativen zu ihrem Führer, in welcher Eigenschaft er bis 1916 die Opposition im Unterhaus leitete. Unter Asquith war Bonar Law Staatssekretär für die Kolonien und schloß sich Lloyd George an der auf seinen Vorschlag hin nach Asquiths Sturz das Ministerpräsidium übernahm. Seitdem arbeiteten diese beiden Männer zusammen. Bonar Law übernahm das Schatzamt und war bei der Pariser Friedenskonferenz englischer Bevollmächtigter. 1921 erfolgte Bonar Laws Rücktritt von der Führung der Unionisten. Nach der Wahlniederlage Lloyd Georges im Oktober 1921 trat er an die Spitze des konservativen Kabinetts, das er bis zu seinem am Gesundheitsrückfällen im Mai 1923 erfolgten Rücktritt leitete. Mit Bonar Law ist ein durchaus vornehm denkender Staatsmann dahingegangen.

den, dessen politische Meinungen auch heute noch die Linie seines Nachfolgers Baldwin bestimmen.

**Absage der Sozialdemokraten an die Kommunisten.**  
Einer Mitteilung des „Vorwärts“ zufolge wurde eine ultimativ formulierte Forderung der K.P.D. am Donnerstagabend 8 Uhr eine Antwort auf die Forderung zu erteilen, ob die Sozialdemokratische Partei bereit sei mit ihr sofort eine Einheitsfront zu bilden, in Abhängigkeit des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, Essen und anderwärts von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgelehnt. Zu den in dem Schreiben der K.P.D. aufgestellten Einzelorderungen wird die Reichstagsfraktion sachlich Stellung nehmen.

### Wiederbeginn der Militärkontrolle.

Havas meldet aus Paris: Die Völkervereinigung hat beschlossen, der deutschen Regierung eine Note zu geben, in der sie auf Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle drängt. Die Konferenz hat weiter beschlossen, die Geisler der Mitglieder der Kontrollkommission in Deutschland einer Revision zu unterziehen und hierbei der Erhöhung der Lebenshaltungskosten in Deutschland Rechnung zu tragen.

### Politische Nachrichten.

**Wertbeständige Zahlungsmittel für die Landwirtschaft.** Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt: Die Geldentwertung geht als Hindernis für die Bewegung der Ernte erwiesenermaßen in die Landwirtschaft ein. Die Landwirtschaft hat immer dringender den Wunsch nach wertbeständigen Zahlungsmitteln geäußert. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat in Würdigung dieses berechtigten Bestrebens die Sorge getragen, daß die Reichsregierung beim Verkauf von Getreide Goldanleihefische mit besonderen Vorzügen von den Finanzstellen als vollwertige Zahlungsmittel angenommen werden. Ferner ist Vorsehung getroffen, daß dem Staatsoffizianten, den Thomas-Schulze und Superphosphatzeugern die Goldanleihefische, die sie für die zum landwirtschaftlichen Verbrauch verkauften Düngemittel in Zahlung nehmen, zum Mittelkurs der Dollarauszahlung New York am Tage vor der Einlösung der Schecks bei der Reichsbank abgenommen werden. Weiter wird für landwirtschaftliche Organisationsvereine die Kartofeln in durch Lebensmittelnot gefährdete Gebiete einführen, Goldanleihe für Bezahlung der einzelnen Kartofeln zur Verfügung gestellt und es werden den beim deutschen Städteitag zum Kartoffelanbau besonders notleidende Städte Goldanleihefische bereitgestellt. Es geschieht ferner alles, um Vorsehungen gegen die größte Not zu treffen, soweit es die vorhandenen Mittel zulassen.

Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno ist aus dem Vereinigten Staaten wieder in Hamburg eingetroffen.

Das neue wertbeständige Geld hat den Blättern zufolge in Berlin gute Aufnahme gefunden. Von den Warenhäusern und den großen Einzelhandelsgeschäften ist das neue Geld allgemein als vollwertiges Zahlungsmittel angenommen worden. Auch in Restaurants und Kaffeehäusern wurden die neuen Scheine in Zahlung genommen.

Eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Berg- und Stättenbetriebe Deutschlands hat mit überwältigender Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Das Verbot des „Völkischen Beobachters“ ist wieder aufgehoben worden.

Die Berliner Stadterordnetenversammlung beschloß, aus den städtischen Werken drei Offiziengeldscheine zu bilden.

Die billige Straßenbahnfahrt in Hannover kostet 15 Millionen Mark.

Die Hamburger Gasarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

In Frankfurt a. M. hat die Streikleitung den Erfolg des Streikes beschlossen.

Der elsässische Abgeordnete de Wendel wurde durch einen Autounfall schwer verletzt. Sein Zustand soll ernst sein. Mit ihm wurden noch drei andere Personen verletzt.

Das amerikanische U-Boot 05 ist in der Panamakanalzone nach einem Zusammenstoß mit einem Dampfer gesunken. Fünf Mann der Besatzung des U-Bootes wurden vernichtet.

Das Ungarokabinett ist zurückgetreten.

### Vermischtes.

Von der sterbenden Mark. Das „Samb. Fremdenblatt“ von einer Szene zu berichten, die sich vor einem Gericht abspielte. Zur Verhandlung stand ein Verleumdungsprozess. Der Kläger ist ein Schuhmachermeister, die Gegenpartei eine Schuhmacherin, die sich über diesen ziemlich hochhart geäußert hatte, worauf sie aber vor Gericht sich bereit erklärte, alles zurückzunehmen. Deshalb wird sie auch nur zu den Prozesskosten verurteilt. Der Gerichtspräsident möchte deshalb die Höhe der Kosten feststellen und fragt den Schuhmacher, ihm unangenehm auszuweisen, welches Honorar er mit seinem Advokaten gemacht habe, auf einige Millionen mehr oder weniger komme es ja nicht an. „Ich habe ihm vorgetragen“, antwortete der brave Schuhmacher, „ihm die Schuhe neu zu beschaffen.“

Ein kostspieliger Kilmadesteller. Er heißt „Oskar“ und ist einer der geschicktesten und meistbeschäftigten in seinem Fach in Amerika. Von Natur ist er ein Dickschädel, ein Gekochter, und es werden in den Vereinigten Staaten so viele Rhododendren gepflanzt, in denen Gekochter vorkommen, daß „Oskar“ immerfort zu tun hat. Jetzt erst hat „Oskar“ wieder Verwendung gefunden in einem Film, der „Die Seele des Tieres“ heißt. Als Spielhonorar erhielt „Oskar“, um bei der Aufnahme autogelant zu bleiben, eine angemessene Portion Rindfleisch und zwar 150 Kilo. Und es scheint, daß „Oskar“ in diesem Spielhonorar zufrieden war. Beiläufig bemerkt, er hat bei den Aufnahmen sehr anständig und unangenehm.

Der Fahrkartenverkehr vor Tarifserhöhungen. Dem Reichsverkehrsminister sind von verschiedenen Seiten Beschwerden zugegangen, daß bei einzelnen großen Fahrkartenausgaben am Tage vor einer Tarifserhöhung der Fahrkartenverkauf vorzeitig mit der Begründung eingestellt worden ist, daß die Schalterzeit abgelaufen sei. Reichsverkehrsminister Deser ist diesen Beschwerden nachgegangen und verneint nicht, daß die in kurzen Fristen aufeinander folgenden Tarifserhöhungen außerordentliche Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Schalterbeamten stellen; allerdings müsse dafür gesorgt



## Verhärfung der Wirtschaftslage.

Die Lage der deutschen Industrie hat sich in den letzten Wochen zusehends verschlechtert. Die Beschäftigten zahlreicher Gewerbe sind über dem Weltmarktpreis angelangt. Der Absatz ins Ausland ist ins Stocken gekommen. Auch den heimischen Märkten hat die Umstellung der Wirtschaft auf Goldrechnung die Kaufkraft der breiten Masse, deren Arbeitseigenschaft noch nicht auf der Goldbasis beruht, teilweise über die Grenzen des Existenzminimums herabgedrückt. Eine schwere Absatzkrise ist die Folge. Die Zurückhaltung in der Gewährung von Krediten durch die Reichsbank hat den Mangel an Betriebskapital erheblich verschärft. Die Produktionsmöglichkeiten sind auch hierdurch gemindert worden. Deutschland macht gegenwärtig eine Wirtschaftskrise durch, wie sie seit dem Ausbruch des Weltkrieges noch nicht erlebt wurde.

Die Lage der deutschen Industrie zeigt sich vor allem an der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Bei 970 Betrieben, die an das Reichsarbeitsblatt über ihre Wirtschaftslage regelmäßig berichten, wurde der Tätigkeitsgrad im August für 18 v. H., im September für 12 v. H. als gut gekennzeichnet, für 23 v. H. im August und nur für 17 v. H. im September als genügend; schlechter Geschäftsgang wurde für Betriebe angegeben, die im Berichtsmonat 71 v. H. gegen den Vormonat 49 v. H. der Arbeiter und Angestellten beschäftigten, über die insgesamt Berichte vorliegen. Besonders trübselig ist die Lage in der Elektroindustrie. Dort konnten nur noch 3 Prozent der Arbeiterschaft in gut beschäftigten, 9 Prozent in befriedigend beschäftigten Betrieben arbeiten während die entsprechenden Zahlen aus dem Monat August 14 Prozent bzw. 72 Prozent lauteten. Der Anteil der schlecht beschäftigten Arbeitskräfte betrug in diesen Gewerben 83 Prozent im September gegen nur 14 Prozent im Vormonat. Am Maschinenbaugewerbe liegt der Anteil der schlecht beschäftigten Betriebe von 53 auf 71 Prozent, während nur noch 7 Prozent gegen 10 Prozent im August als gut beschäftigt bezeichnet werden. In der Eisen- und Metallindustrie liegt der Anteil der Unternehmungen mit schlechtem Geschäftsgang von 58 v. H. im August auf 77 v. H. im September. Gut beschäftigt waren nur noch 8 Prozent der Betriebe gegen 16 Prozent im Vormonat und befriedigend beschäftigt 15 Prozent anstelle von 26 Prozent im August. Auch in der Textilindustrie ist die Lage katastrophal. Das Warenpreisniveau hat in den meisten Artikeln den Weltmarktpreis überstiegen, sodass ausländische Textilwaren zum Teil billiger als deutsche Erzeugnisse angeboten werden konnten. Die Käufer von Textilwaren haben sich daher vornehmlich mit ausländischer Ware eingedeckt. Auf dem Baumarkt konnten die erforderlichen Summen für die Durchführung und Beendigung der Bauarbeiten kaum in einem Falle noch aufgebracht werden. Neue Bauten sind fast nirgends in Angriff genommen worden. Die private Bautätigkeit beschränkte sich auf die Fertigstellung begonnener Bauten.

Besonders kennzeichnend für die Bedeutung, die die Gerabminderung der Kaufkraft der breiten Masse für die Wirtschaftskrise hatte, ist die Lage der Nahrungsmittel-Gewerbe. Die überwiegende Mehrheit der Betriebe ist völlig ungenügend beschäftigt. Im Tabakgewerbe sind Einschränkungen der Betriebe (Zerstückelungen, Entlassungen bis zu 50, 80 und mehr Prozent der Arbeiterschaft) an der Tagesordnung. In gesamten graphischen Gewerbe und in den verwandten Gewerben (Schriftgießereien, Buchbindereien usw.) nimmt die Verschlechterung des Geschäftsganges

den ununterbrochenen Fortgang (Sterben der Betreibungen, trostlose Lage der Maschinen- und Werkzeuereien, da Bücher, Zeitschriften, Druckmaschinen, Propagandaschriften usw. zu den Luxusartikeln zählen, recht ungünstige Verhältnisse in den chemographischen Anstalten, Steindruckereien usw.)

Die Krise ist im wesentlichen die Folge der dauernden Passivität unserer Zahlungsbilanz. Deutschland hat in den letzten Jahren an seine Gläubiger stets mehr bezahlt, als es seinerseits von seinen Schuldnern eingenommen hat, und es ist hierbei mehr und mehr verarmt. Die Abnahme der Kaufkraft seiner Bevölkerung ist das äußere sichtbare Zeichen dieser Verarmung. Nur die Aktivierung unserer Zahlungsbilanz kann uns die Rettung aus diesem Elend bringen. Verminderung der Einfuhr, Vermehrung der Ausfuhr muß die Parole sein. Hierzu bedarf es jedoch einer radikalen Umstellung unserer Wirtschaft, die nicht von heute auf morgen zu erreichen ist und die ganz gewiß durch jeden politischen oder wirtschaftlichen Umsturzversuch nur verlangsamt werden wird. Gelingt es nicht, alle Kreise der wertvollen Bevölkerung, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, zur dauernden tätigen Mithilfe an dieser Umstellung der Wirtschaft zusammenzuführen, dann wird auch dies letzte Mittel der Gesundung Deutschlands vergeblich angewandt sein.

## Die neuen Postgebühren.

Gültig vom 1. November an.

Postkarten im Ortsverkehr 10 Millionen, im Fernverkehr 20 Mill.  
Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 20 Millionen über 20 bis 100 Gr. 30 Mill., über 100 bis 250 Gr. 50 Mill., über 250 bis 500 Gr. 60 Mill.  
Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 50 Millionen über 20 bis 100 Gr. 70 Mill., über 100 bis 250 Gr. 80 Mill., über 250 bis 500 Gr. 90 Mill.  
Drucksachen bis 25 Gramm 10 Millionen, über 25 bis 50 Gr. 20 Mill., über 50 bis 100 Gr. 30 Mill., über 100 bis 250 Gr. 50 Mill., über 250 bis 500 Gr. 60 Mill., über 500 Gr. bis 1 Kgr. 70 Mill., über 1 bis 2 Kgr. 90 Mill.  
Blindenschriftensendungen bis zum Meistgewicht von 5 Kgr. 1 Million.  
Geschäftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gr. 50 Millionen, über 250 bis 500 Gr. 60 Mill., über 500 Gramm bis 1 Kgr. 70 Mill.  
Warenproben bis 100 Gramm 30 Millionen, über 100 bis 250 Gr. 50 Mill., über 250 bis 500 Gr. 60 Mill., über 500 bis 1 Kilogramm 100 Millionen.  
Pakete bis 3 Kgr. 1. Zone 250 Millionen, 2. Zone 500 Millionen, 3. Zone 500 Millionen, über 3 bis 5 Kgr. 350 Mill., 700 Mill., 700 Mill., über 5 bis 6 Kgr. 400 Mill., 800 Mill., 1200 Mill., über 6 bis 7 Kgr. 450 Mill., 900 Mill., 1350 Mill., über 7 bis 8 Kgr. 500 Mill., 1000 Mill., 1500 Mill., über 8 bis 9 Kgr. 550 Mill., 1100 Mill., 1650 Mill., über 9 bis 10 Kgr. 600 Mill., 1200 Mill., 1800 Mill., über 10 bis 11 Kgr. 700 Mill., 1400 Mill., 2100 Mill. usw.  
Wertbriefe und versiegelte Wertpakete für je 100 Millionen Mark der Wertangabe oder einen Teil von 100 Millionen Mark 2 Millionen, unversiegelte Wertpakete (zugelassen bis 50 Milliarden Mark 1 Million Postanweisungen bis 500 Millionen 20 Millionen, über 500 bis 1000 Mill. 30 Mill., über 1000 bis 5000 Millionen 50 Mill., über 5000 bis 10.000 Mill. 60 Mill., über 10.000 bis 30.000 Mill. 80 Mill., über 30.000 bis 50.000 Mill. 100 Mill. (Weisbetrag ist von 20 Milliarden Mark auf 50 Milliarden Mark erhöht.)  
Die Einleitungsgebühr ist auf 50 Millionen Mark

Die Vorzeigengebühr für Nachnahmen und Postauftrag auf 25 Millionen Mark festgesetzt.  
Für die Einleitung sind bei Vorauszahlung an den Briefträger für eine Briefsendung nach dem Ortsverkehr bezirk 100 Mill., nach dem Landverkehrbezirk 300 Mill., für ein Paket 150 Mill. bzw. 400 Mill.  
Für eingezahlte Postkarten bis 1000 Millionen ein schließlich 10 Millionen, über 1000 bis 5000 Mill. 20 Millionen, über 5000 bis 10.000 Mill. 30 Mill., über 10.000 bis 30.000 Mill. 40 Mill., über 30.000 bis 50.000 Mill. 50 Mill., über 50.000 bis (unbeschränkt) 60 Millionen für bargeldlos beglichene Postkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 30 Millionen für eine Postkarte.

## Die Anstandsgebühren.

Postkarten 120 Millionen, jedoch nach Ungarn und Tschecho-Slowakei 90 Mill., Briefe bis 20 Gr. 200 Mill., jede weiteren 20 Gr. (Meistgewicht 2 Kgr.) 100 Mill., jedoch nach Ungarn und Tschecho-Slowakei bis 20 Gr. 150 Mill., jede weiteren 20 Gr. 100 Mill., Drucksachen für je 50 Gr. 40 Mill.

Unter dem Zwang der Weltmarktverwaltung hat die Postverwaltung die zum 1. November festgesetzten Gebühren für Briefsendungen und Pakete des Inlandverkehrs verdoppeln müssen. Der einfache Fernbrief kostet somit vom 1. November ab 100 Millionen, die Fernpostkarte 50 Millionen Mark.

Alle Sätze sind auf das Doppelte erhöht worden.

## Vermischtes.

Da werden Weiber... In der rumänischen Gemeinde Gaoibesti (Komitat Arasso-Szöreg) gerieten die Frauen Silvia Babon und Maria Gaoiban mit ihrem Nachbar Juon Freniu in Streit. Die kampfsüchtigen Weiber holten Stärke herbei, stürzten sich auf Freniu und hielten so lange auf ihn ein, bis er regungslos liegen blieb. Er war tot.

Gottes Gericht. Einen erschütternden Verlauf nahm eine Verhandlung vor dem Gericht in Feldbach. Ein Mann namens Brunner stand vor den Schranken des Gerichts unter der Anklage, seine Frau verärrt zu haben, um deren Lebensversicherung zu bekommen. Er schloß seine Selbstverleumdung mit den Worten: „Ich schloß meine Ehe mit dem Gedanken, daß ich ein arbeitsfähiger Mann bin, wenn ich schuldig bin!“. Kaum aber hatte er diese freudlosen Worte ausgesprochen, so brach er zusammen. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur den eintretenden Tod feststellen.

Wo die große Not herrscht. Eine 82jährige, in Berlin lebende Witwe konnte vor dem Arzte nicht nur von ihren Renten leben, sondern noch reichlich Bekleidungsgegenstände ausfüllen. Während des Krieges aß sie in den Kasernen und Lazaretten und verteilte Strümpfe und Schals, die sie selber anfertigte. Jetzt hat die alte Dame am Sonntagabend, auf eine an sie gerichtete Besuchsbesuchung traf ein erkrankendes Dankeschreiben ein. Es heißt darin u. a.: „Die Überraschung kam ich nicht beschreiben. Ich wollte gar nicht glauben, daß es an mich war. Als ich es aufmachte, habe ich mich freude geweint. Sage meinen Dank. Ich verfare von meinen Sachen ein Stück nach dem anderen. Ich sende dir meine Tage erzählt. Danke kann ich nicht mehr geben...“ Dieser Brief wickelt mehr als 100 alte Abhandlungen von der arbeitslosen Not der alten Leute.

Eswäscht  
bleicht und  
desinfiziert  
gleichzeitig

# Persil

das unübertroffene Waschmittel

Du  
sparst damit  
und schonst  
die Wäsche!

## Humoristischer Musikverein „Eintracht“ 1921.

### Einladung

zu dem am Sonntag, der 4. Nov. abends  
8 Uhr im Saale z. „Hirsch“ stattfindenden

## Stiftungs-Fest

verbunden mit Konzert und Theater unter  
gütiger Mitwirkung d. „Freien Volksbühne“  
wozu ergegenst. einladet:

### Der Vorstand.

Eintritt 1. Milliarde, Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.

Kinder unter 16 Jahren haben keinen  
Zutritt.

## Lacke und Oelfarben

bewährter Friedensqualität, sachmännlich hergestellt, Vetrod und  
Fuchsbodenöl, Kreide Ia Qualität, Bolus, Gips, ämliche Erd- und  
Mineralfarben, Chemische Buntparben

Farbenhaus Schmitt, Flörsheim am Main,  
Telefon 99.

## „Hausrat“ Gemeinnützige Möbelversorgung

für das Rhein-, Main- u. Badengebiet G. m. b. H.  
Luisenstraße 17. — Wiesbaden — Luisenstraße 17

Lieferung gediegener

Küchen-, Schlaf-, und Wohnzimmer-  
Einrichtungen

für Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte Teil-  
zahlung ohne Preis erhöhung gestattet.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig

## Geschichte der Kunst

aller Zeiten und Völker

zweite, neu bearbeitete Auflage

Von Professor Dr. Karl Woermann

Mit 2023 Abbildungen im Text und 381 Ta-  
feln in Farbendruck, Kupferätzung und Holzquitt

6 Bände, in Ganzleinen gebunden

— Mark Grundzahl

„Unter der überrogen Zahl guter Handbücher der Kunstgeschichte  
wird Woermanns Werk immer an vorbestimmter Stelle stehen. Im  
Hülle, Gediegenheit und wissenschaftlicher Zuverlässigkeit wird es von  
keinem anderen übertroffen.“ Deutsche Sprache, Berlin.

Die Grundzahl ist mit der Schlüsselzahl des Verlagsvertrages zu multi-  
plizieren. Hierzu kommt noch der verbindliche Zusatzungspreis.

## Todes-Anzeige.

Nach schwerem, mit großer Geduld  
ertragenen Leiden, verschied heute Nacht  
im Herrn, meine gute Mutter, Schwieger-  
mutter, unsere treubesorgte Großmutter,  
Schwester, Schwägerin und Tante

## Susanna Hahn

Dies zeigen schmerz erfüllt an

## die trauernd. Hinterbliebenen

i. d. N.: Familie Peter Gutjahr.

Flörsheim, Frankfurt a. M., Wiesbaden,  
den 1. November 1923.

Die Beerdigung findet statt: Sonntag nach  
dem Nachmittag-gottesdienst vom Friedhof Edders-  
heimerstraße aus. Das erste Seelenamt ist am Mon-  
tag vormittag 7 Uhr.

## Alle Arten von Reparaturen an Grammophonon

werden ausgeführt.

Karlhäuserstraße 6, Flörsheim a. M.